

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie
und Kommunikation UVEK

Ausschliesslich per E-Mail:
rtvg@bakom.admin.ch

16. Februar 2026

Stellungnahme zum neuen Bundesgesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen (KomPG)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Oktober 2025 haben Sie economiesuisse eingeladen, zum geplanten Bundesgesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen (KomPG) Stellung zu nehmen. Wir danken für die Gelegenheit zur Mitwirkung im Vernehmlassungsverfahren. Gestützt auf die Rückmeldungen betroffener Mitglieder nehmen wir wie folgt Stellung.

Zusammenfassung:

economiesuisse unterstützt die Vorlage im Grundsatz, hat aber wichtige Vorbehalte und verlangt entsprechende Anpassungen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Recht im digitalen Kommunikationsraum auch gegenüber sehr grossen, grenzüberschreitend tätigen Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen wirksam durchgesetzt werden kann. Der Vorentwurf ist dafür grundsätzlich ein gangbarer Ansatz, braucht aber substantielle Anpassungen, damit er strikt zielgenau bleibt und sich auf verfahrensbezogene Mindeststandards beschränkt. Zentral sind Anpassungen bei den folgenden Punkten:

- Der bewusst konzise Zuschnitt des Vorentwurfs ist beizubehalten und Themen ausserhalb des Kommunikations- und Suchbereichs sind gegebenenfalls eigenständig sowie mit verhältnismässigen Instrumenten zu adressieren.
- Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist maximal zu schützen: Die in diesem staatspolitisch zentralen Feld aktuell bestehenden Eingriffs- und Fehlanreizrisiken sind zu beseitigen und das Gesetz darf insbesondere keine Anreize für vorsorgliches Over-Removal schaffen. Dies gilt insbesondere für die dem BAKOM angedachte Rolle mit massiv überschüssenden Durchsetzungs- und Sanktionsinstrumenten. Der Bussenrahmen von bis zu 6 % des weltweiten Jahresumsatzes ist im schweizerischen Kontext nicht anschlussfähig und setzt Fehlanreize. Netzsperrern und andere Eingriffe in die Netzinfrastruktur als Durchsetzungsinstrumente sind als schwerer Eingriff in Grundrechte, den freien Informationszugang und die Wirtschaftsfreiheit mit Nachdruck abzulehnen.
- Die Vorlage muss konsequent international anschlussfähig ausgestaltet werden. Weil die Schweiz direkt und indirekt bereits von Regulierungsregimen der Nachbarländer erfasst wird, sind Schweiz-spezifische Sonderwege ohne erkennbaren Zusatznutzen zu vermeiden. Insbesondere darf kein Parallelsystem mit unnötigen Doppelspurigkeiten entstehen (parallele Prozesse, Nachweise und Berichtsformate); nicht mit der EU abgestimmte Sonderprozesse erhöhen ohne Mehrwert Komplexität, Kosten und Vollzugsrisiken und schwächen die Standortattraktivität («Swiss Finish»).
- Im Rahmen unserer internen Vernehmlassung wurden von mehreren Mitgliedern spezifische Herausforderungen im Bereich digitaler Plattformen genannt, die ausserhalb des engen Zuschnitts des KomPG liegen. economiesuisse erkennt die Bedeutung dieser Herausforderungen an, die ebenfalls eine Lösung durch den Gesetzgeber erfordern, ist jedoch der Ansicht, dass diese Themen eigenständig und mit passgenauen Instrumenten adressiert werden sollten, statt sie über dieses Gesetz «mitzuregulieren».

Die Schweiz profitiert heute bereits von etablierten internationalen Standards; zusätzliche Sonderprozesse erhöhen vor allem Komplexität, Kosten und Vollzugsrisiken und schwächen damit die Standortattraktivität.

1 Vorbemerkungen

Die öffentliche Kommunikation und die Informationsbeschaffung haben sich in den letzten Jahren durch technologische Entwicklungen und ein verändertes Nutzungsverhalten grundlegend verändert. Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen spielen heute eine zentrale Rolle für den gesellschaftlichen Austausch, die demokratische Meinungsbildung und die Wirtschaft. Zugleich prägen sie massgeblich die Auffindbarkeit und Verbreitung von Inhalten. Damit stellen sich im digitalen Raum neue Fragen der Rechtsdurchsetzung.

economiesuisse unterstützt das Ziel, die wirksame Durchsetzung des geltenden Schweizer Rechts im digitalen Raum zu stärken. Das KomPG kann hierzu einen Beitrag leisten, indem es für sehr grosse, grenzüberschreitend tätige Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen verlässliche Verfahren und klare Pflichten festlegt. Entscheidend ist, dass damit die Durchsetzung verbessert wird, ohne zulässige Kommunikation materiell neu zu regulieren. Vor diesem Hintergrund ist der gewählte Fokus des Vorentwurfs nachvollziehbar und zu unterstützen. Der Bundesrat beschränkt den Regelungsgegenstand bewusst auf einen klar umrissenen Teilbereich (Umgang mit mutmasslich strafbaren Inhalten im Kontext öffentlich verbreiteter Hassrede) und setzt primär auf verfahrensbezogene Mindeststandards. Dieser Fokus ist sachgerecht, weil die mit Plattformen verbundenen Herausforderungen je nach Dienstyp, Funktionslogik und

Schutzgut erheblich variieren und ein Einheitsregime unverhältnismässige Nebenwirkungen erzeugen kann.

Gleichzeitig ist festzuhalten, dass das vom Bundesrat geplante KomPG nicht sämtliche Herausforderungen im Zusammenhang mit Plattformen oder generell von neuen Nutzungsformen im digitalen Raum lösen kann und auch nicht lösen soll. Rückmeldungen aus einzelnen Branchen zeigen, dass ausserhalb des Kommunikationsbereichs – namentlich bei Buchungs- und Handelsplattformen sowie im Bereich der Medien – eigenständige Problemlagen bestehen. Für viele Unternehmen sind solche Dienste zentrale Zugangs- und Vertriebskanäle; Sichtbarkeit und Reichweite werden dabei wesentlich durch algorithmische Priorisierung, Ranking und Herabstufung geprägt. Die Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums ist auf Plattformen weit verbreitet, insbesondere auf Diensten mit einer zunehmend hybriden Funktion wie sozialen Medien (Werbung, Verkauf und Kommunikation). Zudem werden Durchsetzungs- und Beschwerdewege in der Praxis teilweise als wenig transparent und schwer kalkulierbar wahrgenommen, namentlich mit Blick auf den Schutz und die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums sowie auf die kommerzielle Nutzung von Inhalten (einschliesslich journalistischer Inhalte) durch Plattformen. Diese Herausforderungen sind real und erfordern eine angemessene Reaktion, fallen jedoch systematisch nicht in den Anwendungsbereich dieses Gesetzentwurfs.

Zu berücksichtigen ist sodann, dass die adressierten Dienste in einem grenzüberschreitenden Regulierungsumfeld operieren und insbesondere im EU-Raum bereits einem sehr umfassenden Aufsichts- und Durchsetzungsregime unterliegen. Die Schweiz ist damit faktisch Teil eines grösseren regulatorischen Gesamtsystems. Zentral ist es dabei, Anschlussfähigkeit und Kohärenz sicherzustellen und auf Schweiz-spezifische Verschärfungen oder Sondermechanismen zu verzichten. In wichtigen Punkten ist der Vorentwurf hier überschüssend und es besteht Anpassungsbedarf.

Ein weiterer zentraler Punkt betrifft die Vollzugsarchitektur. Die dem BAKOM zugedachte hoheitliche Rolle mit weitreichenden Sanktions- und Eingriffsbefugnissen ist in der vorgeschlagenen Ausgestaltung überschüssend und nicht notwendig. Prioritär ist vielmehr eine praxistaugliche Anerkennung äquivalenter Verfahren und Nachweise, statt den Aufbau paralleler Aufsichts- und Durchsetzungsstrukturen zu erzwingen, die in der Praxis zu Doppelspurigkeiten und zusätzlichem Compliance-Aufwand führen würden. Den Aufbau überschüssender Bürokratie und Verwaltungskosten lehnen die Schweizer Unternehmen entschieden ab.

Schliesslich ist bei allfälligen Erweiterungen des Pflichtenprogramms eine strikte Systematik einzuhalten. Fragen wie der Jugendschutz sind grundsätzlich wichtig und verdienen die Aufmerksamkeit des Gesetzgebers, dürfen aber nicht als technologiebasierter Annex in ein auf Kommunikations- und Suchdienste zugeschnittenes Gesetz integriert werden. Andernfalls drohen Überschneidungen mit bestehenden Regelungen oder – mit Blick auf technische Weiterentwicklungen und Umgehungsreaktionen – sogar neue Regulierungslücken. Zudem würde das Pflichtenprofil unschärfer; es bestünde die Gefahr, die Technologie statt den zugrunde liegenden Schutzzweck zu regulieren. Allfälliger Handlungsbedarf ist daher eigenständig und schutzzutspezifisch zu prüfen.

2 Schutzziele und Vollzugsarchitektur

2.1 Schutzziele der Vorlage

Der Bundesrat verfolgt mit dem VE-KomPG das Ziel, die Durchsetzung des geltenden Schweizer Rechts im digitalen Raum in einem klar umrissenen Feld zu verbessern. Wie in Ziff. 1 dargelegt, sind hierfür der enge, verfahrensorientierte Zuschnitt der Vorlage sowie die internationale Anschlussfähigkeit zentrale Leitplanken.

2.1.1 Jugendschutz

Das Anliegen eines wirksamen Schutzes von Minderjährigen im digitalen Raum ist unbestritten. Zu prüfen ist jedoch, ob das KomPG hierfür der systematisch richtige Ort ist. Aus unserer Sicht ist dies zu verneinen:

Jugendschutz als eigenständiges Ziel lässt sich nicht sinnvoll in ein Gesetz integrieren, das konzeptionell auf verfahrensbezogene Mindeststandards im öffentlichen Kommunikationsraum zugeschnitten ist.

Der Kern des KomPG liegt darin, geltendes Recht im digitalen Diskurs über rechtsstaatlich abgesicherte Verfahren durchsetzbarer zu machen (Melde- und Beschwerdewege, Begründungspflichten, Transparenz, Nachvollziehbarkeit), ohne inhaltliche Steuerung oder risikomindernde Eingriffspflichten vorzugeben. Gerade dieser verfahrensorientierte Zuschnitt ist im grundrechtssensiblen Kommunikationsbereich eine Leitplanke: Wo staatlich oder faktisch «wirksame» Risikominderung eingefordert wird, steigt der Druck, Grenzfälle vorsorglich zu entfernen oder Reichweiten zu drosseln. Das erhöht das Risiko von Overblocking und beeinträchtigt die Meinungs- und Informationsfreiheit.

Wirksamer Jugendschutz setzt demgegenüber typischerweise gerade risikomindernde Massnahmen voraus (z.B. Design- und Defaultvorgaben, Einschränkungen bei Empfehlung und Werbung). Diese Instrumente sind materiell und technisch; sie zielen auf die Gestaltung von Angeboten und auf präventive Eingriffe in Sichtbarkeit und Zugänglichkeit. Damit folgen sie einer anderen Logik als die prozeduralen Sicherungen des KomPG. Eine Integration von Jugendschutz würde deshalb den Zuschnitt der Vorlage systematisch verschieben und – politisch wie dogmatisch – den Ruf nach materiellen Pflichten auslösen, die im Kommunikationskontext besonders heikel sind.

Hinzu kommt, dass der Gesetzgeber den Jugendschutz bereits sektorspezifisch adressiert hat. Mit dem JSFVG besteht ein spezialgesetzliches Regime mit Alterskennzeichnung und -kontrolle sowie konkretisierten Pflichten auch für entsprechende Online-Dienste; die einschlägigen Vorgaben werden für Plattformen voraussichtlich ab 2027 wirksam.

Das bedeutet nicht, dass Jugendschutz im KomPG unberücksichtigt bleibt. Die verfahrensbezogenen Sicherungen des Entwurfs wirken bereits mittelbar schützend, weil sie die Qualität, Nachvollziehbarkeit und Korrigierbarkeit von Moderationsentscheiden insgesamt erhöhen. Gerade deshalb besteht kein sachlicher Druck, das KomPG durch ein materielles Jugendschutzregime in Richtung risikomindernder Steuerung zu erweitern. Schlussendlich lässt sich Jugendschutz im digitalen Raum nicht primär durch zusätzliche Pflichten für Plattformen erreichen. Nachhaltige Schutzwirkung entsteht wesentlich durch einen kompetenten Umgang mit digitalen Medien und damit durch ein Zusammenspiel von Anbieterinnen, Bildung und Medienkompetenz sowie Elternverantwortung.

2.1.2 Künstliche Intelligenz (KI)

KI sollte im Rahmen des KomPG nicht miterfasst oder «mitreguliert» werden. Der VE-KomPG ist auf Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen zugeschnitten; generative KI-Systeme sind funktional und regulatorisch anders zu erfassen. Eine Einbindung über Suchmaschinenpflichten würde den klaren Dienstbezug des Gesetzes verwässern und Abgrenzungs- sowie Vollzugsprobleme schaffen, ohne erkennbaren Zusatznutzen im Kernbereich der Vorlage.

Hinzu kommt, dass KI-Fragen bereits Gegenstand eines separaten, koordinierten Gesetzgebungsprozesses sind. Der Bundesrat hat am 12. Februar 2025 den Grundsatzentscheid zur Ratifikation der KI-Konvention des Europarats gefällt und das EJPD beauftragt, bis Ende 2026 eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten. KI-Regelungen im KomPG würden diese Arbeiten präjudizieren und das Risiko von Überschneidungen (insbesondere bei Transparenz-, Dokumentations- und Aufsichtselementen) erhöhen. Vor diesem Hintergrund ist es sachgerecht, KI-Themen dem dafür vorgesehenen Verfahren vorzubehalten und das KomPG auf seinen Regelungsgegenstand zu konzentrieren. Es besteht damit das Risiko einer Vorwegnahme eines breit abgestützten Prozesses und damit die Gefahr unpräziser Regulierung.

2.2 Koregulierung und Äquivalenzprüfung

Die Zielsetzung des VE-KomPG, die effektive Durchsetzung des Rechts im digitalen Kommunikationsraum zu stärken, ist im Grundsatz nachvollziehbar. Dabei ist mitzuberücksichtigen, dass sich der digitale Raum nicht in einem Rechtsvakuum bewegt: Die Schweiz verfügt über einen stabilen, technologieneutralen Rechtsrahmen, der auch online gilt. Der Mehrwert eines KomPG liegt deshalb nicht in neuen materiellen

Normen, sondern in einer praxistauglichen Vollzugsarchitektur, die bestehende Rechtsansprüche und gesetzgeberische Wertungen im digitalen Umfeld tatsächlich durchsetzbar macht – namentlich über klare Verfahren, Transparenz und funktionierende Rechtsbehelfe.

Der Vorentwurf setzt hierfür im Ausgangspunkt primär auf verfahrensrechtliche Mindeststandards, Transparenz- und Rechenschaftsinstrumente sowie unabhängige Evaluationen. Für die Wirksamkeit ist jedoch zentral, dass das Vollzugsmodell der technischen Dynamik, der Systemkomplexität und der grenzüberschreitenden Organisation der betroffenen Dienste Rechnung trägt. Detailstarre Vorgaben sind in diesem Umfeld weniger zielführend als institutionalisierte Nachweis-, Lern- und Korrekturschleifen, die an klaren Schutzziele und Mindeststandards anknüpfen und die Schutzwirkung überprüfbar machen.

Vor diesem Hintergrund erscheint Koregulierung beziehungsweise regulierte Selbstregulierung als geeigneter Ansatz. Der Staat setzt den Rahmen durch (i) klar definierte Schutz- und Wirkungsziele, (ii) nicht disponible Mindeststandards (insbesondere zur Erreichbarkeit und Qualität von Melde- und Beschwerdewegen, Begründungspflichten, Transparenz und Rechenschaft) sowie (iii) eine Makro-Aufsicht, die bei systematischen Defiziten wirksam eingreifen kann. Innerhalb dieses Rahmens soll die operative Umsetzung offenbleiben, solange die gesetzlich verlangte Schutzwirkung zuverlässig erreicht wird. Dies ist auch deshalb sachgerecht, weil in der Praxis bereits etablierte, fortlaufend weiterentwickelte Prozesse und Branchenstandards bestehen, die als Sorgfaltsmassstab anerkannt sind und zentral dazu beitragen, rechtswidrige Inhalte effizient zu adressieren.

Damit ein solcher Ansatz vollzugstauglich bleibt, muss der Vorentwurf einen **ausdrücklichen Anerkennungsmechanismus für äquivalente Verfahren vorsehen. Kernforderung ist ein gesetzlich geregelter alternativer Erfüllungsweg («Äquivalenz»):** Die betroffenen Dienste implementieren Compliance-Systeme regelmässig in international harmonisierten Prozessen und häufig entlang bestehender Regime. Wo solche Mechanismen die Ziele und Mindeststandards des KomPG äquivalent erfüllen, sollen sie als Erfüllung anerkannt werden können. Ohne Anrechnung drohen Schweiz-spezifische Parallelprozesse mit separaten Abläufen, Nachweisen und Berichtsformaten («Swiss Finish»), verbunden mit hohen Implementations- und Betriebskosten, ohne entsprechenden Zusatznutzen für die Schutzziele.

Diese Äquivalenzlogik ist zugleich eine zentrale Leitplanke für die Ausgestaltung der Aufsicht. Die im Entwurf angelegte Konzentration weitreichender Kompetenzen beim BAKOM, kombiniert mit erheblichen Sanktionsmöglichkeiten, ist kritisch zu beurteilen: Ein Vollzug, der mit existenzrelevanten Bussen und starkem Druck operiert, begünstigt defensives «Null-Risiko»-Verhalten und verstärkt im Kommunikationsbereich die Gefahr von Overblocking. Zudem droht eine Verschiebung von einer verfahrensorientierten Makro-Aufsicht hin zu einer faktischen Ergebnissteuerung. Der Vollzug sollte daher primär auf überprüfbare Mindeststandards, formale Pflichten (z.B. Verfahren, Nachweise, Mitwirkung, Berichterstattung) und klare rechtsstaatliche Sicherungen ausgerichtet werden; Sanktionen sind verhältnismässig auszugestalten und dürfen nicht – direkt oder indirekt – die inhaltliche Moderationspraxis als Ergebnis steuern.

Konkret sollte das Gesetz neben der direkten Pflichterfüllung einen gesetzlich geregelten alternativen Erfüllungsweg vorsehen: Anbieter sollen gegenüber dem BAKOM verbindlich erklären können, dass sie für den Schweizer Anwendungsbereich bereits implementierte Standards und Prozesse anwenden, welche die im KomPG definierten Ziele und Mindeststandards äquivalent erfüllen. Das BAKOM prüft die Äquivalenz anhand klarer Kriterien; massgeblich ist die verlässlich erreichte Schutzwirkung, nicht formale Prozessidentität. Wird Äquivalenz festgestellt, gelten die entsprechenden Pflichten als erfüllt, ohne dass zusätzliche nationale Parallelprozesse aufgebaut werden müssen. Das ist keine Übernahme ausländischen Rechts, sondern eine wirkungsorientierte Anerkennung bei unverändertem Schweizer Schutzmassstab.

Zur Standardisierung und Effizienz kann das Gesetz ergänzend die Möglichkeit eines Branchen-Gefässes vorsehen (anerkannter Branchenstandard oder Ko-Regulierungsorganisation), welches die gesetzlichen Mindeststandards konkretisiert und einheitliche Nachweise definiert (z.B. Berichtsformate, Qualitätsanforderungen, Vorgaben zur Evaluation und Nachführung). Das BAKOM behält die Makro-Aufsicht: Anerkennung des Standards oder Prüfung individueller Erklärungen, flankiert durch Auflagen,

Nachbesserungsverlangen und Widerruf bei unzureichender Wirksamkeit. Dadurch wird Rechtssicherheit geschaffen, Doppelspurigkeiten werden reduziert und der Vollzug wird auf Wirkung statt Formalismus ausgerichtet.

3 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Sollte entgegen unserer oben geäusserten Kritik am gewählten Regulierungsansatz festgehalten werden, ist die Vorlage in mehreren Punkten anzupassen. Nachfolgend stellen wir die zentralen Punkte dar; sie sind zugleich am in Kapitel 2 skizzierten Äquivalenzprinzip auszurichten (Vermeidung doppelspuriger nationaler Parallelprozesse ohne zusätzlichen Schutzgewinn).

3.1 Zweck und Geltungsbereich (Art. 1 und 2 VE-KomPG)

Die Vorlage bezweckt, die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer von Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen zu verbessern. Dieser Zweck ist im Grundsatz nachvollziehbar. Der Entwurf berührt dabei notwendig auch die Meinungs- und Informationsfreiheit: Gerade bei sehr grossen Diensten prägen Sichtbarkeit, Verbreitung und Moderation faktisch, ob rechtmässige Inhalte auffindbar bleiben und ob Betroffene wirksame Rechtsbehelfe haben.

Der Vorentwurf wählt bewusst einen engen Zuschnitt und beschränkt sich auf den Kommunikations- und Suchbereich. **Diese Eingrenzung ist sachgerecht und sollte beibehalten werden.** Problemlagen in anderen Plattformkontexten beruhen auf anderen Funktionslogiken und Schutzgütern und sind deshalb eigenständig sowie schutzgutspezifisch zu adressieren. Fragen etwa im Hinblick auf Produktsicherheit und Konsumentenschutz sind am wirksamsten in spezifischer Spezialgesetzgebung oder auf Stufe Branchenstandards zu regeln. Eine Vermischung unterschiedlicher Regelungsziele in einem Plattformgesetz erhöht die Komplexität, ohne die Durchsetzung zu verbessern.

Zudem haben sich zentrale politische Hebel zur Adressierung nicht-konformer Drittstaaten-Marktplätze bereits klar herauskristallisiert (insbesondere zoll- und abgabenrechtliche Instrumente). Solche Massnahmen sind kanalneutral und erfassen Website-Verkäufe ebenso wie neue Formen des Fernabsatzes; eine Ausdehnung plattformrechtlicher Pflichten ist hierfür weder erforderlich noch zielgerichtet.

Schliesslich zeigt die Erfahrung mit besonders weitgehenden Pflichtregimen, dass im Marktplatzkontext erhebliche Ressourcen gebunden werden können, ohne dass ein klarer Mehrwert bei der Lösung konkreter Probleme sichtbar wird. Dies deutet darauf hin, dass eine Stärkung der Vollzugsressourcen wirksamer sein kann als eine Ausweitung des Anwendungsbereichs.

Hinsichtlich des Geltungsbereichs (Art. 2 lit. a Ziff. 1) ist der Hauptzweck von Kommunikationsplattformen in der Bestimmung zu präzisieren: Plattformen publizieren Inhalte typischerweise nicht im eigenen Namen, sondern stellen die Infrastruktur bereit, damit Nutzerinnen und Nutzer Inhalte speichern und öffentlich zugänglich machen können. Die Umschreibung des Hauptzwecks ist so zu fassen, dass sie den Plattformcharakter abbildet und Fehladressierungen vermeidet. Zur Stärkung der Rechtssicherheit ist dabei eine Orientierung an international etablierten Begriffen, insbesondere dem DSA, sachgerecht. Wir beantragen daher folgende Anpassung:

Art. 2 lit. a Ziff. 1 (Präzisierung Hauptzweck):

«deren Hauptzweck darin besteht, eine elektronische Plattform zur Verfügung zu stellen, um Nutzerinnen und Nutzern zu ermöglichen, verschiedene Formen von Kommunikationsinhalten zu speichern und öffentlich zugänglich zu machen, sofern diese Tätigkeit nicht eine geringfügige oder rein untergeordnete Funktion eines anderen Dienstes oder eine geringfügige Funktion des Hauptdienstes darstellt. Dabei bestimmt der Anbieter der elektronischen Plattform die Organisation der nutzergenerierten Inhalte, ohne jedoch eine redaktionelle Verantwortung für diese Inhalte zu tragen.»

Zugleich ist damit klargestellt, dass geringfügige und untergeordnete Hilfsfunktionen mit Kommunikationscharakter nicht erfasst werden. Auch die Grössenschwelle ist im Grundsatz sachgerecht. Bei kleineren

Diensten besteht regelmässig eine realistische Ausweichmöglichkeit; bei sehr grossen Diensten ist diese Exit-Option faktisch begrenzt. Eine Herabsetzung der Schwelle würde angesichts der Pflichtenintensität den Umsetzungsaufwand bei den kleineren Unternehmen unverhältnismässig erhöhen und zugleich die Grundrechtsrelevanz der Regulierung überproportional verbreitern.

Schliesslich ist der persönliche und sachliche Anwendungsbereich so zu konturieren, dass Dienste ohne Bezug zum öffentlichen Diskurs nicht erfasst werden. Wo Kommunikationsfunktionen primär einem anderen Zweck dienen (z.B. interne Arbeits- oder Ausbildungsumgebungen), fehlt regelmässig die Reichweite und der grundrechtliche Kontext, der die Eingriffs- und Pflichtenintensität der Vorlage rechtfertigt. Eine klarere Abgrenzung reduziert Fehladressierungen und Vollzugsaufwand, ohne die Schutzwirkung im Kernbereich zu schmälern.

3.2 Pflichten der Anbieter

3.2.1 Meldeverfahren (Art. 4 VE-KomPG)

Melde- und Abhilfeverfahren sind bei sehr grossen Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen bereits heute Standard. Eine Kodifizierung kann einen Mehrwert schaffen, sofern sie auf wenige, klar definierte Mindestanforderungen fokussiert und den Meldekanal nicht zu einer allgemeinen Durchsetzungs- und Streitbeilegungsinfrastruktur für beliebige Rechtsmaterien ausbaut. Im Kern geht es um die Vollzugstauglichkeit der bereits bestehenden normativen Entscheidungen im digitalen Raum, nicht um eine materielle Neubestimmung zulässiger Kommunikation.

Die normative Entscheidung darüber, welche Inhalte im öffentlichen Diskurs zulässig sind und wo Schranken gelten, ist in der analogen Welt durch den Gesetzgeber bereits getroffen. Im sensiblen Bereich der Meinungsäusserungsfreiheit werden diese Schranken im geltenden Recht primär strafrechtlich konturiert; die in Art. 4 Abs. 1 referenzierten Straftatbestände bilden hierfür den massgeblichen normativen Anknüpfungspunkt. Ziel des KomPG muss es deshalb sein, diesen gesetzgeberischen Wertungen im digitalen Raum prozedurale Geltung zu verleihen: durch einen verlässlichen Meldekanal, nachvollziehbare Bearbeitung und minimale Transparenz, ohne die materiellen Grenzen zulässiger Kommunikation über den Weg eines erweiterten Meldekatalogs faktisch zu verschieben.

Vor diesem Hintergrund ist an der Begrenzung von Art. 4 Abs. 1 auf den strafrechtlich definierten Tatbestandskatalog **festzuhalten**. Eine Ausdehnung auf weitere Kategorien – etwa auf breit gefasste «rechtswidrige» Inhalte jenseits der referenzierten Tatbestände oder auf komplexe Querschnittsmaterien – wäre weder zweckmässig noch verhältnismässig. Sie würde Anbieter dazu drängen, komplexe Rechtsfragen antizipierend zu beurteilen und damit Abwägungen vorzunehmen, die dem Gesetzgeber und – im Streitfall – der Judikative zukommen. Zugleich würde eine Erweiterung des Tatbestandskatalogs die Gefahr eines unerwünschten und grundrechtskritischen Overblockings weiter erhöhen, weil bei unklaren Grenzfällen der Anreiz steigt, vorsorglich zu entfernen, um Haftungs- und Sanktionsrisiken zu minimieren.

Die Anforderungen nach Art. 4 Abs. 2 (u.a. URL/Referenz, Begründung, Kontakt) sind grundsätzlich praktikabel. Mit Blick auf das gesetzliche Erfordernis der Begründung sollte der Vorentwurf jedoch eine qualitative Mindestanforderung an Nutzermeldungen vorsehen: Es sollen keine gerichtlichen Nachweise verlangt werden, die Meldung soll aber in dem Sinne begründet sein, dass sie auf einen bestimmten Rechtsanspruch abgestützt werden kann. Dazu sollten meldende Nutzende zumindest die angerufene Rechtsvorschrift nennen und kurz darlegen, weshalb der gemeldete Inhalt darunter fallen soll. Dadurch bleibt das Verfahren effizient und wird zugleich vor einer Ausweitung in Richtung einer allgemeinen Beschwerdeplattform geschützt.

3.2.2 Mitteilungspflicht gegenüber Nutzenden, die von Massnahmen betroffen sind (Art. 6)

Art. 6 schreibt die Benachrichtigung betroffener Nutzender vor, wenn Inhalte eingeschränkt werden.

Transparenz ist wichtig, die Ausnahmen müssen jedoch robust sein und der Benachrichtigungsmechanismus muss praxistauglich bleiben. Die Ausnahme gemäss Art. 6 Abs. 3 ist ausdrücklich zu ergänzen, wenn

Kontakt Daten fehlen. Zudem sind Fälle zu berücksichtigen, in denen eine Benachrichtigung Ermittlungen oder Sicherheitsoperationen gefährden kann (z.B. Missbrauchs- und Botnetzinfrastrukturen).

3.2.3 Internes Beschwerdeverfahren (Art. 7 VE-KomPG)

Die 6-Monats-Frist ist sachgerecht und international anschlussfähig. Präzisierungsbedarf besteht bei Art. 7 Abs. 4 («nicht ausschliesslich durch automatisierte Mittel»; «Aufsicht qualifizierten Personals»). Diese Vorgaben sind so zu konkretisieren, dass Skalierbarkeit gewährleistet bleibt: Automatisierte und teilautomatisierte Systeme müssen für Triage, Priorisierung und die Bearbeitung routinemässiger bzw. missbräuchlicher Eingaben zulässig sein. Eine Pflicht zur menschlichen Einzelfallprüfung jeder Beschwerde wäre für sehr grosse Dienste operativ nicht realisierbar und unverhältnismässig; sie sollte daher gestrichen werden.

3.2.4 Aussergerichtliche Streitbeilegung (Art. 8 ff. VE-KomPG)

Die obligatorische Einbindung in vom BAKOM zugelassene Streitbeilegungsstellen ist kritisch zu beurteilen. Sie schafft neue Institutionen und zusätzliche Verfahren und erhöht damit – gerade für grenzüberschreitend tätige Anbieter – die Komplexität und die Gefahr doppelspuriger Prozesslandschaften, ohne dass daraus zwingend ein entsprechender Schutzgewinn folgt. Die Erfahrungen mit vergleichbaren Mechanismen unter dem DSA deuten zudem auf relevante praktische Friktionen hin (u.a. Schnittstellen zu Datenschutz und Datenaustausch, Umgang mit nicht mehr aktiven Streitigkeiten, heterogene Gebühren- und Verfahrensstandards) bei gleichzeitig beträchtlichem administrativem Aufwand.

Sollte aussergerichtliche Streitbeilegung beibehalten werden, sind aus Gründen der Verhältnismässigkeit und Vollzugstauglichkeit zwingend Präzisierungen vorzusehen.

Erstens ist eine klare Verfahrenskaskade zu normieren. Nutzende sollen grundsätzlich zunächst das interne Beschwerdeverfahren ausschöpfen müssen, bevor eine Streitbeilegungsstelle angerufen werden kann. Die Formulierung «jederzeit» in Art. 8 Abs. 1 ist entsprechend zu streichen oder so zu präzisieren, dass verfrühte Verfahren ausgeschlossen werden und die Fehlerkorrektur durch die Anbieter nicht unterlaufen wird. Korrespondierend ist klarzustellen, dass Anbieter nicht verpflichtet sind, das interne Beschwerdeverfahren (weiter) zu führen, wenn Nutzende die Kaskade missachten und ohne vorgängige interne Beschwerde direkt eine Streitbeilegungsstelle oder staatliche Instanzen anrufen.

Zweitens ist das Verhältnis zu staatlichen Verfahren zu ordnen: Gerichtliche Verfahren sollen grundsätzlich erst nach Ausschöpfung der aussergerichtlichen Streitbeilegung eröffnet werden; jedenfalls sind Kostenfolgen vorzusehen, wenn Nutzende parallel aussergerichtliche und gerichtliche Verfahren initiieren.

Drittens sind verhältnismässige Zugangsbeschränkungen vorzusehen, damit Streitbeilegungsstellen nicht mit Fällen ohne aktuelle Streitlage belastet werden (insbesondere keine Verfahren zu nicht mehr verfügbaren Inhalten, zu inaktiven Streitigkeiten, zu bereits rückgängig gemachten Entscheidungen oder zu von Nutzenden selbst gelöschten Inhalten).

Viertens ist daran festzuhalten, dass Streitbeilegungsorgane keine verbindlichen Entscheidungen treffen dürfen (Art. 9 Abs. 2); der Mechanismus darf nicht in eine faktische Paralleljustiz kippen.

Fünftens ist die Kostenregelung in Art. 10 im Grundsatz sachgerecht. Für die Ausgestaltung und Konkretisierung – namentlich auf Verordnungsstufe – ist jedoch sicherzustellen, dass die Kostenverteilung wirksame Schutzvorkehrungen gegen Missbrauch enthält. Dazu gehören eine praxistaugliche Möglichkeit der Kostenverlagerung bei missbräuchlichen Eingaben, eine faire und transparente Gebührenstruktur sowie klare Grenzen für Umfang und Tiefe der Überprüfung durch die Streitbeilegungsstelle.

3.2.5 Allgemeine Geschäftsbedingungen und Transparenz (Art. 13)

Die Transparenzanforderungen sind grundsätzlich mit internationalen Standards und der Praxis abgestimmt. Nationale Fragmentierungen sind dabei zu vermeiden; entscheidend ist, dass die Norm

verfahrensbezogene Mindeststandards setzt und den Anbietern ausreichende Flexibilität in der Umsetzung belässt. In drei Punkten ist der Vorentwurf jedoch zu präzisieren:

Erstens ist klarzustellen, dass sich Art. 13 auf die Gesamtheit der für das Nutzungsverhältnis massgeblichen Bestimmungen bezieht (Nutzungsbedingungen einschliesslich integrierter beziehungsweise inkorporierter Policies wie Community Standards sowie Content- und Enforcement-Policies), soweit sie den Umgang mit Inhalten und die Durchsetzung steuern.

Zweitens verlangt der Vorentwurf eine sehr detaillierte Zuordnung einzelner Einschränkungsmassnahmen zu konkreten Verstössen. Diese Granularität geht über den DSA hinaus und würde ein Swiss Finish schaffen, ohne erkennbaren Zusatznutzen. Die Anforderungen sind so zu fassen, dass Transparenz erreicht wird, ohne eine nationale Sonderlogik oder starre Umsetzungsvorgaben zu erzwingen.

Drittens bedarf Art. 13 Abs. 4 (Benachrichtigung über «wesentliche Änderungen») einer Vollzugsklarstellung. Der Benachrichtigungsmechanismus muss verhältnismässig bleiben und darf nicht zu aufdringlichen Mitteilungen bei routinemässigen Aktualisierungen führen. Den Anbietern ist Flexibilität in der Wahl der Kommunikationsform zu belassen, sofern die Information leicht zugänglich ist.

3.2.6 Sorgfaltspflichten (Art. 14 VE-KomPG)

Die in Art. 14 Abs. 1 formulierten Grundsätze entsprechen weitgehend bereits heute gelebten Sorgfaltstandards und sind in einschlägigen Brancheninstrumenten als Massstab konkretisiert. Eine gesetzliche Verankerung kann insofern der Klärung dienen, darf aber nicht zu einer unnötigen Verfestigung dynamisch weiterentwickelbarer Standards führen. Die weiteren Anforderungen nach Art. 14 Abs. 2 und 3 erscheinen im Grundsatz kohärent, soweit sie als verfahrensbezogene Leitplanken verstanden werden und keinen eigenständigen materiellen Interventionsauftrag begründen. Präzisierungsbedarf besteht jedoch im persönlichen Anwendungsbereich: Suchmaschinen sollten nicht den Sorgfaltspflichten nach Art. 14 unterstellt werden, da sie im System des Vorentwurfs den Pflichten der Abschnitte 1 und 3 gerade nicht unterstehen. Dieser Normenwiderspruch ist aufzulösen, um Fehladressierungen und Vollzugsunklarheiten zu vermeiden.

3.2.7 Werbung (Art. 15 VE-KomPG)

Die Kennzeichnung von Werbung ist nachvollziehbar. Transparenzpflichten können zudem einen Beitrag leisten, illegale Werbepraktiken besser adressierbar zu machen. Die Art und Weise, wie Werbung als solche gekennzeichnet wird, sollte dabei nicht gesetzlich vorgegeben werden; entscheidend ist, dass Werbung für Nutzende klar als solche erkennbar ist.

Art. 15 Abs. 2 geht demgegenüber über das Erforderliche hinaus. Die Pflicht, einen «einfachen Zugang zu den wichtigsten Parametern» bereitzustellen, ist inhaltlich zu unbestimmt, schafft erhebliche Umsetzungs- und Abgrenzungsaufwände und erscheint im Vergleich zu anderen Werbeformen unverhältnismässig. Absatz 2 ist daher zu streichen. Soweit daran festgehalten wird, ist er jedenfalls eng zu präzisieren und mit ausdrücklichen Schutzklauseln zu versehen: Transparenzpflichten dürfen weder die Offenlegung von Quellcodes noch von proprietären, geschäftskritischen oder sicherheitsrelevanten Informationen verlangen.

3.2.8 Werbearchiv (Art. 16 VE-KomPG)

Ein Werbearchiv kann zur Erreichung der Transparenz- und Nachvollziehbarkeitsziele des VE-KomPG beitragen, sofern es strikt zweckgebunden und verhältnismässig ausgestaltet ist. Dafür ist zentral, dass die Aufsichtsbehörde Zugriff auf die für den Vollzug erforderlichen Informationen erhält; ebenso kann – unter klaren Voraussetzungen und mit geeigneten Schutzvorkehrungen (insb. Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse, Missbrauchsschutz) – ein Zugang für Forschung vorgesehen werden. Ein allgemeiner Zugang für die Öffentlichkeit ist zur Erfüllung dieser Ziele hingegen nicht erforderlich.

Die Ausgestaltung ist dabei so zu wählen, dass sie international anschlussfähig bleibt und keine Schweiz-spezifischen Zusatzanforderungen schafft (z.B. Anforderungen an Searchability). Insbesondere sind

nationale Sondervorgaben zu Datenspezifikationen, Schnittstellen oder Berichtsformaten zu vermeiden, soweit sie keinen erkennbaren Zusatznutzen für die Schutzziele stiften, aber erhebliche Implementations- und Betriebskosten auslösen würden.

3.2.9 Empfehlungssysteme (Art. 18)

Die Anforderungen an Empfehlungssysteme sind im Grundsatz nachvollziehbar, soweit sie Transparenz schaffen und Nutzenden effektive Steuerungsmöglichkeiten hinsichtlich der Personalisierung eröffnen. Entscheidend ist jedoch, dass Art. 18 international anschlussfähig ausgestaltet wird und kein Swiss Finish durch abweichende Systematik oder Adressierung entsteht. Im Gleichlauf mit dem DSA ist deshalb klarzustellen, dass die Pflichten zu Empfehlungssystemen nur für Kommunikationsplattformen gelten und Suchmaschinen nicht erfasst werden; entsprechende Verweise auf Suchmaschinen sind in Art. 18 zu streichen.

Inhaltlich ist zudem zu vermeiden, dass bestimmte Darstellungsformen als vermeintlich «neutrale» Alternative normativ privilegiert werden. Eine chronologische Darstellung ist nicht neutral: Sie begünstigt Vielveröffentlicher, erhöht den Druck zu permanentem Engagement, benachteiligt Inhalte, die zeitlich ungünstig publiziert wurden, und ist anfällig für Manipulation durch koordinierte Massenveröffentlichungen. Die Vorgaben sind daher technologieneutral zu fassen und auf die Wirkung auszurichten, ohne starre Vorgaben zu Sortierlogiken zu machen.

3.2.10 Transparenzberichte (Art. 19): Vermeidung eines «Swiss Finish» und Anerkennung äquivalenter Nachweise

Mit Blick auf die Regulierungsadressaten (sehr grosse, international tätige Dienste) erschliesst sich der Mehrwert gesonderter, Schweiz-spezifischer Transparenzanforderungen nicht. Die Segregation von Daten allein für die Schweiz führt häufig zu statistisch wenig aussagekräftigen Ergebnissen und erfordert zugleich erhebliche Engineering-Ressourcen mit doppelten Compliance-Prozessen. Systemische Themen sind regelmässig nicht national isolierbar. Auf ein Swiss Finish ist deshalb zu verzichten. Korrespondierend ist ein alternativer Erfüllungsweg (Äquivalenz) ausdrücklich vorzusehen, damit bestehende, gleichwertige Transparenzberichte und Nachweise anerkannt werden können. Zwingend ist zudem ein alternativer Erfüllungsweg (Äquivalenz) vorzusehen: Bereits bestehende, gleichwertige Transparenzberichte und Nachweise sollen auf verbindliche Erklärung hin anerkannt werden, sodass die Schutzziele erreicht werden, ohne zusätzliche nationale Parallelprozesse aufzubauen.

3.2.11 Risikobewertung (Art. 20 VE-KomPG) und Folgemechanik über Evaluation (Art. 24/25 KomPG)

Der Entwurf ist im Ausgangspunkt zu Recht verfahrensorientiert. Es ist sachgerecht, dass der VE-KomPG – anders als der DSA – keine eigenständige Pflicht zur Risikominderung vorsieht. Die Risikobewertung nach Art. 20 VE-KomPG dient als Transparenzinstrument: Sie soll systemische Risiken sichtbar machen und eine informierte Aufsicht ermöglichen, ohne den Anbietern operativ vorzuschreiben, welche Eingriffe zur Risikoreduktion zu ergreifen sind. Diese Zurückhaltung ist im Kommunikationsbereich zentral, weil materielle Interventionspflichten typischerweise den Druck erhöhen, Grenzfälle vorsorglich zu entfernen, und damit Overblocking-Risiken verstärken.

Diese Systematik ist jedoch konsequent durchzuhalten. Wo der Entwurf über die unabhängige Evaluation und ihre Folgemechanik faktisch in eine Ergebnissteuerung kippen kann, entsteht ein erheblicher Handlungsdruck, der über die Sicherstellung verlässlicher Verfahren hinausgeht. Die Grenze zwischen der Prüfung der Verfahrensqualität einerseits und einer faktischen Erwartung materieller Eingriffe andererseits wird unscharf, obwohl der Entwurf gerade keine Risikominderungspflicht vorsehen will.

Vor diesem Hintergrund ist die Evaluation nach Art. 24/25 VE-KomPG strikt auf die Einhaltung der gesetzlichen Mindeststandards und die Qualität der Verfahren zu begrenzen. Zu prüfen sind insbesondere Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit und Methodik der Risikobewertung sowie die Funktionsfähigkeit der vorgesehenen Melde-, Beschwerde- und Transparenzprozesse. Empfehlungen der Evaluationsstelle müssen als unverbindlich ausgestaltet werden; Sanktionen sind auf klare formale Pflichtverletzungen zu beschränken, namentlich auf das Unterlassen von Evaluationen oder Berichten beziehungsweise auf fehlende Mitwirkung. Eine Sanktionierung oder faktische Steuerung materieller Moderations- oder

Risikominderungsmassnahmen ist dem verfahrensorientierten Ansatz fremd und erhöht das Risiko von Overblocking. Zugleich ist bei Art. 24/25 – wie bei den Transparenzpflichten – unnötige Doppelspurigkeit zu vermeiden: Soweit Anbieter bereits gleichwertige externe Audits bzw. Prüfmechanismen nach einem internationalen Regime (insbesondere dem DSA) durchlaufen, sind diese im Sinne eines alternativen Erfüllungswegs anzuerkennen. Bei festgestellter Gleichwertigkeit sollte eine separate, Schweiz-spezifische Evaluation entfallen.

Schliesslich ist mit Blick auf Art. 20 VE-KomPG (wie auch Art. 19 VE-KomPG) zu vermeiden, dass durch Schweiz-spezifische Segmentierung unnötige Parallelprozesse entstehen. Systemische Risiken sind regelmässig grenzüberschreitend. Der Mehrwert einer strikt Schweiz-spezifischen Risikobewertung ist daher kritisch zu prüfen, zumal sie erhebliche technische und organisatorische Zusatzaufwände auslösen kann. Wo Anbieter bereits äquivalente Risikoanalysen und Auditmechanismen implementiert haben, ist deren Anerkennung im Sinne eines alternativen Erfüllungswegs sicherzustellen.

3.2.12 Anlaufstelle und Kommunikation (Art. 21/22 VE-KomPG)

Eine angemessene Kommunikationsmöglichkeit mit sehr grossen Diensten ist nachvollziehbar.

Die Ausgestaltung sollte jedoch so erfolgen, dass keine unnötigen Doppelstrukturen entstehen und bestehende, funktional gleichwertige Kommunikationskanäle genutzt werden können.

Dafür ist in Art. 21/22 klarzustellen, dass die Kontaktfunktion gegenüber Behörden subsidiär durch den nach Art. 23 bestellten Rechtsvertreter wahrgenommen werden kann, sofern Erreichbarkeit, Reaktionsfähigkeit und die Kommunikation in einer Amtssprache gewährleistet sind. Gegenüber Nutzerinnen und Nutzern sollen die bestehenden, leicht auffindbaren Support- und Kontaktkanäle genügen; ein zusätzliches, separat zu betreibendes «Schweiz-spezifisches» Kontaktregime ist zu vermeiden.

Das «Verbot ausschliesslich automatisierter Antworten» (Art. 22 Abs. 2) ist so auszugestalten bzw. auszulegen, dass Automatisierung, Triage und standardisierte Erstbearbeitung zulässig bleiben. Bei sehr grossen Diensten ist eine ausnahmslose menschliche Beteiligung in jeder Interaktion weder praktikabel noch erforderlich. Menschliche Überprüfung ist dort anzusetzen, wo die Fallkomplexität oder Grundrechtsnähe dies gebietet.

Der Begriff «benutzerfreundlich» in Art. 22 Abs. 3 ist zu streichen oder zu konkretisieren; als unbestimmter Qualitätsbegriff bietet er keine normative Orientierung und birgt das Risiko willkürlicher Durchsetzung.

3.2.13 Rechtsvertretung (Art. 23 VE-KomPG)

Die Pflicht zur Bestellung einer Rechtsvertretung in der Schweiz ist im Grundsatz nachvollziehbar. Die effektive Durchsetzung des in der Schweiz geltenden, demokratisch beschlossenen Rechts darf im digitalen Raum nicht daran scheitern, dass ein Anbieter keine physische Präsenz im Inland unterhält oder Zustellungen und Verfahrenshandlungen praktisch erschwert sind.

3.2.14 Datenzugang für Forschung und zivilgesellschaftliche Organisationen (Art. 26 VE-KomPG)

Sehr grosse Dienste leisten bereits heute Beiträge zu Forschung und Innovation und stellen Zugänge für Forschende bereit. Ein gesetzlicher Datenzugang kann dieses Ökosystem sinnvoll ergänzen, setzt aber besonders hohe Anforderungen an Zweckbindung, Sicherheit und Missbrauchsprävention voraus. Der Anwendungsbereich von Art. 26 ist daher grundsätzlich auf Forschungsinstitutionen zu beschränken; damit werden Abgrenzungsrisiken reduziert, Geschäftsgeheimnisse geschützt und die wissenschaftliche Integrität gestärkt.

Zwingend ist zudem eine substanzielle Prüfung der Studienziele und der angewendeten Methoden (Art. 26 Abs. 1 lit. a). Datenzugang darf nicht der Verfolgung von Partikularinteressen oder einer organisationsspezifischen Agenda dienen; dies ist bei der Beurteilung von Gesuchen (Art. 26 Abs. 2) und im Bewilligungsverfahren (Art. 26 Abs. 3) konsequent zu berücksichtigen. Korrespondierend sind klare Schutzklauseln vorzusehen, die Missbrauch verhindern und namentlich Geschäftsgeheimnisse, proprietäre Informationen

sowie die Privatsphäre wahren; der Zugang darf weder die Offenlegung sicherheitsrelevanter Details erzwingen noch eine Re-Identifikation von Personen ermöglichen.

Schliesslich ist bei den Zugangsmodalitäten (Art. 26 Abs. 4 und 5) auf Schweiz-spezifische Sonderlösungen zu verzichten. Ein «Schweizer Datenportal» wäre technisch unverhältnismässig aufwendig und würde die Schweizer Forschung isolieren. Stattdessen ist auf bestehende, bewährte und international kompatible Zugangsplattformen und Schnittstellen abzustellen.

3.3 Aufsicht und Durchsetzung

Die im VE-KomPG vorgesehenen Aufsichts-, Sanktions- und Durchsetzungsmechanismen sind in mehreren Punkten zu überarbeiten. In der vorgeschlagenen Ausgestaltung werden dem BAKOM zu weitreichende Eingriffsbefugnisse eingeräumt, ohne dass angesichts der Eingriffsintensität erforderlichen rechtsstaatlichen Sicherungen und Verfahrensgarantien vorgesehen werden. Vor diesem Hintergrund sind neben den nachfolgend behandelten Verwaltungsmassnahmen und dem Bussenrahmen auch die Ausgestaltung der Informationsrechte, Gebühren und Abgaben sowie die Transparenz des Vollzugs zu schärfen.

3.3.1 Verwaltungsmassnahmen (Art. 32 f. VE-KomPG)

Der Vorentwurf sieht als schärfstes Aufsichtsmittel vor, den Zugang zu einer Kommunikationsplattform oder Suchmaschine beschränken zu lassen. Konkret kann das BAKOM Fernmeldedienstanbieterinnen anweisen, den Zugang zu einem Dienst einzuschränken, wenn vorgelagerte Massnahmen «unwirksam» sind oder bereits Grund zur Annahme besteht, dass sie unwirksam sein werden. Das Verfahren mildert die Eingriffsintensität nur begrenzt: Die Anbieterin wird vorgängig angehört und erhält eine 30-Tage-Frist zur Stellungnahme und zum Nachweis der Behebung; wird dieser Nachweis nicht erbracht, kann die Sperre für höchstens 30 Tage angeordnet und bei Fortdauer oder Wiederholung erneuert werden; aufgehoben wird sie erst nach Behebung.

Gerade weil sehr grosse Dienste als zentrale Infrastruktur für Kommunikation und Informationszugang dienen, trifft eine solche Zugangsbeschränkung nicht nur die betroffene Anbieterin (faktisch: Ausschluss vom Schweizer Markt und gravierender Eingriff in den Geschäftsbetrieb), sondern zwangsläufig auch Dritte, die diese Kanäle rechtmässig nutzen. Damit wirkt die Massnahme im Ergebnis wie ein grobes Druckmittel: Sie unterbindet nicht punktuell eine konkrete Pflichtverletzung, sondern kappt den Zugang zu einem gesamten Kommunikationsraum – und belastet damit auch jene Nutzung, deren Schutz und geordnete Ausübung das Gesetz im Kern adressiert.

Verfassungsrechtlich ist zudem zu fragen, ob die Massnahme die Anforderungen von Art. 36 BV in der Dimension der Eignung und Verhältnismässigkeit zuverlässig erfüllt. Netzsperrern lassen sich je nach Technik mit geringem Aufwand umgehen. In der Praxis wird damit die Schutz- und Durchsetzungswirkung relativiert, während die Kosten und Fehlblockierungsrisiken bei den Fernmeldedienstanbieterinnen anfallen und Kollateralschäden (Overblocking rechtmässiger Angebote) systemisch angelegt sind. Sollte entgegen diesen Bedenken am Instrument der Netzsperrre festgehalten werden, ist zumindest sicherzustellen, dass Fernmeldedienstanbieterinnen für die durch die Anordnung entstehenden Aufwände vollumfänglich entschädigt werden. Dies entspricht auch dem Ansatz des Geldspielgesetzes (vgl. Art. 92 BGS).

Schliesslich ist die vorgesehene Netzsperrre auch aus rechtsstaatlichen Gründen abzulehnen. Sie stellt einen ausserordentlich intensiven Grundrechtseingriff dar und verlangt eine umfassende Abwägung der betroffenen Interessen und Grundrechte – namentlich der Meinungs- und Informationsfreiheit sowie der Rechte unbeteiligter Dritter. Eine solche Abwägung kann nicht im Rahmen einer behördlichen Vollzugs-massnahme vorverlagert werden. Die im Entwurf vorgesehene Karenzfrist und der nachgelagerte Rechtsschutz genügen hierfür nicht, weil die Sperre bereits Wirkung entfaltet, bevor ein Gericht die Verhältnismässigkeit vollumfänglich prüfen kann. Bei dieser Eingriffsqualität ist eine administrative Netzsperrre als Vollzugsinstrument nicht angezeigt. Zugangssperren sind abzulehnen, subsidiär sollten sie nur durch ein Gericht nach einem kontradiktorischen Verfahren angeordnet werden können.

3.3.2 Bussenrahmen

Die Vorlage will sehr grosse, international tätige Anbieter zur Einhaltung zentraler Mindeststandards verpflichten und orientiert sich dabei erkennbar am DSA. Problematisch ist jedoch, dass der vorgesehene Bussenrahmen eine Anreizstruktur schafft, die dem Regulierungsziel zuwiderlaufen kann: Ein Vollzug, der mit existenzrelevanten Sanktionen operiert, begünstigt defensives Risikomanagement – im Zweifel wird entfernt oder gesperrt, auch wenn Inhalte rechtmässig sind. Das erhöht Overblocking-Risiken und kann abschreckend auf die freie Meinungsäusserung wirken.

Die Erfahrungen in der EU illustrieren diese Dynamik. Der DSA sieht für sehr grosse Anbieter Bussen von bis zu 6 % des weltweiten Jahresumsatzes vor; der VE-KomPG übernimmt diese Dimension. In einem solchen Umfeld ist es rational, eher zu viel als zu wenig zu moderieren. Erste empirische Hinweise deuten darauf hin, dass Over-Removal kein Randphänomen ist: In einer Auswertung von [The Future of Free Speech](#) wurden – je nach Land, Plattform und Stichprobe – zwischen 87.5 % und 99.7 % der gelöschten Kommentare als rechtlich zulässig eingestuft. Auch die DSA-Streitbeilegung deutet auf eine erhebliche Fehlerquote hin: Das [Appeals Centre Europe](#) berichtet, es habe in 77 % von 1'565 entschiedenen Fällen (Januar bis August 2025) die ursprünglichen Plattformentscheide aufgehoben, typischerweise verbunden mit der Wiederherstellung von Inhalten oder Accounts. Solche Zahlen zeigen nicht, dass Regulierung zwangsläufig zu Overblocking führt; sie machen aber deutlich, dass ein sanktionsgetriebenes Vollzugsdesign die Tendenz verstärkt, «Entfernung statt Genauigkeit» zu belohnen.

Schliesslich ist zu beachten, dass ein zunehmend restriktives Regulierungsumfeld in der EU einzelne Plattformen in jüngster Zeit dazu veranlasst hat, politische Werbung ganz einzustellen. Solche «risk-off»-Entscheide sind aus Sicht der Anbieter nachvollziehbar, wenn Rechts- und Sanktionsrisiken hoch und schwer kalkulierbar sind. Für eine direkte Demokratie wie die Schweiz wäre ein solcher Effekt jedoch besonders unerwünscht: Politische Kommunikation – auch über digitale Kanäle – ist Teil des demokratischen Prozesses und sollte nicht durch ein Sanktionsdesign indirekt verdrängt werden.

Dieses Risiko ist in der Schweiz tendenziell noch ausgeprägter. Zwar ist die Sanktionsdrohung vergleichbar (bis zu 6 %), der Schweizer Markt ist für globale Anbieter jedoch deutlich kleiner. Damit fällt die Risiko-Nutzen-Abwägung anders aus: Je kleiner der Markt im Verhältnis zur potenziellen Sanktion, desto stärker wirkt der Anreiz, auf «Null-Risiko» zu optimieren – und Grenzfälle vorsorglich zu entfernen, selbst wenn dies zulasten rechtmässiger Inhalte geht.

Hinzu kommt, dass umsatzabhängige Unternehmensbussen in dieser Grössenordnung nicht an die etablierte schweizerische Sanktionspraxis anschliessen. In vergleichbaren Regulierungsfeldern bewegen sich Bussen typischerweise im fünf- bis sechsstelligen Bereich (z.B. DSG bis 250'000 Franken; FINIG bis 500'000 Franken; MWSTG bis 100'000 Franken). Zwar gibt es Ausnahmen, namentlich im Kartellrecht. Gerade dort zeigt sich aber auch: Selbst im Kartellrecht knüpft die umsatzabhängige Sanktion an den in der Schweiz erzielten Umsatz an – nicht an den weltweiten Umsatz (Art. 49a KG). Die im VE-KomPG vorgesehene Bezugsgrösse (weltweiter Umsatz) verschärft die Sanktionswirkung zusätzlich und verstärkt die beschriebenen Fehlanreize.

Vor diesem Hintergrund ist der Bussenrahmen deutlich tiefer und verhältnismässiger auszugestalten. Zudem ist in der Systematik sicherzustellen, dass Sanktionen primär an klar definierte, formale Pflichtverletzungen anknüpfen und nicht – direkt oder indirekt – die inhaltliche Moderationspraxis als Ergebnis steuern.

4 Handelspolitische Dimension

Das vorgeschlagene Gesetz richtet sich in seiner heutigen Fassung an eine sehr kleine Zahl besonders grosser Kommunikationsplattformen und Online-Suchmaschinen. Gemäss Regulierungsfolgenabschätzung dürften lediglich rund 5–15 Unternehmen erfasst sein, und ein wesentlicher Teil dieser Anbieter ist in den USA ansässig. Damit erhält die Vorlage eine handelspolitische Relevanz, die bei der Ausgestaltung ausdrücklich mitzuberücksichtigen ist.

Internationale Erfahrungen zeigen, dass die US-Regierung Regulierungsregime, die primär oder faktisch grosse US-Technologieunternehmen betreffen, teilweise als potenzielle Handelshemmnisse interpretiert und politisch thematisiert. Dies war etwa in Südkorea zu beobachten, wo Diskussionen über eine an europäischen Vorbildern orientierte Plattformregulierung in Washington Vorbehalte auslösten. Eine vergleichbare Sensibilität ist auch im transatlantischen Verhältnis sichtbar: In der Debatte um EU-Digitalregeln wurden wiederholt handelspolitische Argumente vorgebracht, namentlich dort, wo Instrumente als faktisch marktabstottend oder als einseitige Belastung ausländischer Anbieter verstanden werden.

Für die Bewertung des VE-KomPG ist vor diesem Hintergrund besonders relevant, dass – wie beim EU-DSA – umsatzbezogene Sanktionen vorgesehen sind. Bussen, die am weltweiten Jahresumsatz anknüpfen, werden international regelmässig als besonders einschneidend wahrgenommen, weil sie sehr hohe Beträge erreichen können und damit über den konkreten Vollzug hinaus eine politische Signalwirkung entfalten. Ein Schweizer Regime mit vergleichbaren Sanktionsdimensionen kann deshalb handelspolitische Aufmerksamkeit auslösen, auch wenn das Regelungsziel nicht handelspolitisch motiviert ist. In einem solchen Umfeld sind Vorwürfe nicht ausgeschlossen, das Gesetz wirke faktisch diskriminierend gegenüber US-Unternehmen, erschwere den Marktzugang oder enthalte extraterritoriale Elemente.

Neben dem Sanktionsregime sind auch die laufenden Vollzugs- und Compliance-Aufwände zu berücksichtigen. Wiederkehrende Kosten (z.B. Reporting, Nachweise, Verfahrensanforderungen) fallen im Verhältnis zur Grösse der betroffenen Unternehmen zwar weniger ins Gewicht. Handelspolitisch ausschlaggebend sind typischerweise jedoch nicht administrative Dauerbelastungen, sondern Maximalrisiken durch umsatzbezogene Bussen, die im Extremfall Grössenordnungen erreichen können, die politisch wahrnehmbar sind und in bilateralen Beziehungen als Druckpunkt genutzt werden können.

Für die Schweiz ist diese Dimension besonders wichtig, weil sie als kleiner, stark exportorientierter Staat gegenüber handelspolitischen Spannungen strukturell verwundbarer ist als grosse Wirtschaftsräume. Sollten regulatorische Konflikte handelspolitisch aufgeladen werden, verfügt die Schweiz nicht über die gleichen Verhandlungskapazitäten wie etwa die EU. Entsprechend ist es angezeigt, die Vorlage so auszugestalten, dass das Regulierungsziel erreicht wird, ohne unnötige handelspolitische Reibungsflächen zu schaffen. Das spricht insbesondere für eine konsequente Verhältnismässigkeit der Instrumente und für eine Reduktion des Sanktionsrahmens, um Eskalationspotenzial zu begrenzen.

5 Abschliessende Bemerkungen

economiesuisse anerkennt, dass sehr grosse Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen in verschiedenen Bereichen erhebliche Herausforderungen mit sich bringen können und dass die wirksame Durchsetzung des geltenden Rechts im digitalen Raum ein legitimes Anliegen ist. Gleichzeitig sind die zugrunde liegenden Problemstellungen technisch, rechtlich und institutionell hochkomplex und zudem stark grenzüberschreitend geprägt. Gerade deshalb ist ein zielgenauer, verfahrensorientierter Ansatz mit klaren Leitplanken sachgerecht.

Damit das KomPG seine Ziele erreicht, ohne unverhältnismässige Nebenwirkungen auszulösen, sind die in dieser Stellungnahme aufgezeigten Anpassungen aus unserer Sicht dringlich. Besonders wichtig sind eine konsequente Äquivalenzanerkennung und die Vermeidung unnötiger Doppelspurigkeiten. Im digitalen Umfeld ist die Anschlussfähigkeit an internationale Regime von besonderer Bedeutung: Schweiz-spezifische Sonderanforderungen erhöhen die Komplexität, verschärfen Compliance-Kosten und bergen das Risiko, dass Dienste oder Funktionen in der Schweiz nur eingeschränkt verfügbar sind. Damit drohen Standortnachteile für die Schweiz. In diesem Zusammenhang ist auch die handelspolitische Dimension mitzudenken, zumal die Vorlage nur wenige, überwiegend ausländische Anbieter adressiert und mit umsatzbezogenen Sanktionen in einer besonders sensiblen Grössenordnung operiert.

Hinzu kommt, dass die EU ihre Digitalregulierung derzeit einer Überprüfung unterzieht (insbesondere im Rahmen eines «Digital Fitness Check» sowie eines «Digital Omnibus»). Diese Debatte wird auch in der Schweiz bereits aufgegriffen (vgl. Interpellation Michel 25.4621; Motion Cottier 25.4715). Vor diesem Hintergrund sollte die Schweiz vermeiden, in die Gegenrichtung zu gehen und ein dauerhaftes Parallelregime

mit Swiss-Finish-Elementen zu verfestigen. Sachgerechter ist ein anschlussfähiger Vollzugsrahmen, der die Rechtsdurchsetzung stärkt, ohne unnötige Fragmentierung und Bürokratie aufzubauen: durch konsequente Orientierung an internationalen Standards, die explizite Anerkennung gleichwertiger Nachweise und eine praxistaugliche Begrenzung auf das für den Kommunikations- und Informationsraum Erforderliche.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Erich Herzog
Leiter Wettbewerb & Regulatorisches
General Counsel

Maximilian Schöller
Projektleiter Wettbewerb & Regulatorisches